



NPD-Fraktion fordert:

Sammelunterkunft statt eigener Wohnung

Im Kreistag Vorpommern-Greifswald beantragte die NPD-Fraktion, die dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber zentral unterzubringen.



In seiner Rede sagte der nationale Abgeordnete Tino Müller hierzu:

„Der Landkreis Vorpommern-Greifswald ist angehalten, um die 18% der in Mecklenburg-Vorpommern ankommenden Asylanten unterzubringen. Allein in diesem Jahr sind es mehrere Hundert, für die zusätzliche Kapazitäten bereit gestellt werden müssen. Die Suche nach geeigneten Unterkünften gestaltet sich immer schwieriger... Wolgast, Anklam, Eggesin, Drögeheide, Pasewalk, Strasburg und Gerichten zufolge womöglich auch noch Ueckermünde, überall werden den Bürgern unseres Kreises Asylanten aufgezwungen. Die Bürger werden nicht gefragt. Dabei haben die Bürger gezeigt, daß sie sich damit nicht zufrieden geben wollen. Einwohnerversammlungen finden zudem erst dann statt,

wenn die Entscheidungen schon längst getroffen wurden, so zum Beispiel in Anklam und Drögeheide.

Das Problem der Unterbringung von Asylanten wird unseren Landkreis auch weiterhin stark beschäftigen. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Verwaltung auf, geeignete Objekte - wie zum Beispiel leer stehende Kasernen - ausfindig zu machen, in denen Asylbe-

werber zentral untergebracht werden können. Denn Sinn und Zweck des Asylrechts ist nicht auf Einwanderung und Integration gerichtet,...

... Die Verteilung und die Zuweisung darf die Rückführung der betroffenen Personen nicht erschweren; sie soll die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern. In Mecklenburg-Vorpommern werden leider Formen der Unterbringung

bevorzugt, die die Rückkehr ins Heimatland nicht fördern.

Dem ist ein Ende zu machen. In zentralen Objekten, möglichst weit weg von den Siedlungsgebieten, ist am ehesten gewährleistet, daß eine verdeckte Einwanderung verhindert wird.“

Die gesamte
Kreistagsrede von
Tino Müller ansehen:



ILLEGALE EINWANDERER IN VORPOMMERN

Von den vielen Tschetschenen, die über Polen nach Vorpommern-Greifswald vordringen, machen sich manche nicht einmal die Mühe, einen Asylantrag zu stellen. Sie sind damit illegale Einwanderer. Da weder Polen noch Rußland Lust haben, sie zurückzunehmen, bleibt dank fehlender Grenzkontrollen an Deutschland die Aufgabe hängen, sie unterzubringen und durchzufüttern. Die Kosten hierfür trägt der Landkreis. Nach dem Willen der NPD-Fraktion sollte der Kreistag nun die Landesregierung auffordern,

die entsprechende finanzielle Belastung zu übernehmen. Schließlich hätte sie sich im Bundesrat für die Wiedereinführung von Kontrollen an der polnischen Grenze einsetzen können, was sie versäumt hat. In ihrem üblichen Europawahn lehnten die antinationalen Blockparteien den Antrag ab. Der Landkreis zahlt weiter für die Illegalen, so lange sich noch welche im Kreisgebiet aufhalten. An Neuzugängen wird es sicherlich auch nicht fehlen. Für Verwunderung sorgte dann der linke, aus dem Irak stammende Landtagsabgeordnete Hikmat al-Sabty, als

er in einer Rede sinngemäß behauptete, es seien bereits Kosten übernommen worden und es würden dementsprechende Gespräche zwischen dem Landkreis und der Landesregierung geführt.

Doch das ist blanker Unsinn, wie der NPD-Landtags- und Kreistagsabgeordnete Tino Müller durch eine kleine Anfrage bei der Landesregierung herausfand. Weder kam es zu einer Kostenübernahme noch zu den angeblichen Gesprächen. Entweder log al-Sabty, oder er schwatzte ahnungslos daher.

Wohnungsnot in den Kaiserbädern

Es wird immer schwerer, in den Kaiserbädern eine bezahlbare Unterkunft zu finden.

Das liegt auch daran, daß zunehmend Mietwohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt werden.

Um das zu unterbinden, setzte sich die NPD-Fraktion

im Kreistag dafür ein, daß es im Lande wieder eine Verordnung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum geben solle.

Die Landrätin sollte auf die Landesregierung einwirken, eine solche zu erlassen. Bis 2004 war eine entsprechende Regelung schon einmal in Kraft.

Seit das nicht mehr der Fall ist, ist es schlecht um den Wohnungsmarkt in den Hochburgen des Tourismus bestellt.

Insbesondere auf Rügen und in Stralsund, in Warnemünde und eben in Heringsdorf, Bansin und Ahlbeck stehen die einheimischen Wohnungssuchenden auf verlor-

renem Posten. So wichtig der Fremdenverkehr für die Region auch ist, er darf nicht nur den Vermögenden noch mehr Geld in die Kassen spülen, während der Großteil des Volkes für Billiglöhne schuftet und wegen der hohen Mieten noch beim Jobcenter Hartz IV als Einkommensaufstokkung beantragen muß.

Asylbewerber sollen in Polen ihre Anträge stellen



Nach der so genannten Dublin-II-Verordnung müssen Asylbewerber ihre Anträge in dem EU-Land stellen, in das sie zuerst einreisen. Für die vielen Asylananten aus der Russischen Föderation, im Wesentlichen tschetschenische Großfamilien und Clans, wäre das Polen. Doch melden sie sich nicht dort, sondern in Deutschland, weil es hier mehr Geld und gleich eine eigene Wohnung auf Staatskosten gibt. Schon das beweist, daß sie keine echten Verfolgten sind, sondern lediglich Kasse machen wollen. Ihre deutschen Unterstützer aus

dem linken multikultiverrückten Lager haben natürlich eine Erklärung für das Verhalten ihrer Lieblinge.

Wie der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 26. August 2013 berichtete, soll die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ der Republik Polen eine schlechte Behandlung von Asylbewerbern unterstellen. Manchmal ließe Warschau Flüchtlinge in Gefängnissen unterbringen, Familien würden mitunter getrennt, Kranke hätten nur eingeschränkt Zugang zu medizinischer Versorgung. Das sind natürlich

Gräuelmärchen. Die NPD-Fraktion forderte deshalb den Kreistag auf, diese Verleumdungen gegen die Republik Polen zurückzuweisen und von der Landesregierung zu verlangen, daß diese für eine umgehende Übergabe der tschetschenischen Asylananten und Illegalen an Polen Sorge tragen solle.

Wenn europäisches Recht beachtet würde, dürfte sich kaum ein Asylanant in Deutschland aufhalten. Denn fast alle erreichen unser Staatsgebiet von anderen EU-Ländern aus. Was aus Afrika kommt,

haben hauptsächlich Italien, Spanien und Griechenland aufzunehmen, für Tschetschenen und andere Kaukasusvölker wäre Polen zuständig. Aber sie alle machen EU-Recht nur dann geltend, wenn sie von Deutschland Geld wollen.

Die Asylananten werden an uns weitergeleitet. Dabei werden internationale Vereinbarungen eiskalt gebrochen. Wir sollten schleunigst aus der EU austreten, die Grenzen schließen und Polen viel Spaß mit all den Asylsuchenden wünschen.

Nach wie vor ist die NPD der berühmte Stachel im Fleisch des Systems, besonders während der Sitzungen des Kreistages Vorpommern-Greifswald.

Auf jeder Tagung stellen die volkstreuern Abgeordneten mehrere Anträge und beweisen, daß es Alternativen zum derzeitigen Chaos gibt. Nebenstehend finden Sie einen Auszug der Initiativen.

KREISTAGS-INITIATIVEN DER NPD, DIE ALLESAMT ABGELEHNT WURDEN:

Geld sparen und Hausaufgaben selbst erledigen – **kein beratender Beauftragter für Vorpommern-Greifswald!**

Wunsch vieler Kommunen berücksichtigen – **Rückkehr zur Kameralistik* ermöglichen!**

Gegen Maßnahmen zur Verstetigung des Aufenthalts von Asylbetrügnern und gegen ausländische Konkurrenz bei der Wohnungssuche – **keine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern!**

Kommunen entlasten – **Kreisumlage senken!**

Geschäftsordnung und Hauptsatzung den Bedürfnissen anpassen – **Bürger Nähe stärken!**

Entbürokratisierung bei **Kosten der Unterkunft** für ALG II-Empfänger!



* Seit Jahrhunderten bewährte Form der Kassenbuchführung in den kommunalen Gebietskörperschaften.

Schnapsidee Großkreis

Schon im November 2012, ein Jahr nach der so genannten Kreisgebietsreform, stellte die NPD-Fraktion folgenden Antrag: „Der Kreistag beauftragt die Landrätin, die Landesregierung aufzufordern, die Kreisgebietsreform als gescheitert zurückzunehmen und die Altlandkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern wieder einzurichten sowie die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wieder in die Unabhängigkeit zu entlassen.“

Was damals bereits klar war, ist nun, nach zwei Jahren, noch deutlicher geworden.

Die Großkreise waren von Anfang an eine Schnapsidee: zu ausgedehnt und aus zu unterschiedlichen Regionen zusammengesetzt.

Wäre Greifswald noch eigenständig, könnte es als eine

der wenigen Wachstumsregionen Pommerns dem angrenzenden ländlichen Raum viel besser helfen als innerhalb einer mißglückten bürokratischen Struktur wie Vorpommern-Greifswald.

Nach einer Studie des Schweizer Forschungsinstituts Prognos vom November 2013 rangiert der Großkreis in einer bundesweiten Rangordnung der Landkreise und kreisfreien Städte auf Platz 395 von 402.

Keinerlei positive Impulse sind von seiner Gründung ausgegangen. Von den versprochenen Einsparungen ist nichts zu bemerken.

Und die kostbare Demokratie? Ehrenamtliche Kreistagsabgeordnete müssen oft Hunderte Kilometer zurücklegen, um zu Kreistags- und Ausschusssitzungen zu gelan-

gen und dann wieder nach Hause zu fahren. Auch der Zeitaufwand ist enorm.

Für Berufstätige kaum zu schaffen. Faktisch handelt es sich bei den Großkreisen um kleine Bundesländer. Organisiert sind sie aber wie die früheren, kleineren Landkreise. Das konnte nicht gut gehen, und es geht auch nicht gut. Schluß damit, bevor noch mehr Schaden angerichtet wird!



Michael Andrejewski
Fraktionsvorsitzender



Landkreis und Bürger durch neuen Rundfunkbeitrag abgezockt

Durch eine Anfrage bei der Kreistagsverwaltung brachte die NPD-Fraktion in Erfahrung, daß der Landkreis in diesem Jahr etwa 5000 Euro mehr an die GEZ zahlen muß als 2012.

Das liegt an dem neuen Rundfunkbeitrag, mit dem die öffentlich-rechtlichen Sender die Abzocke auf die Spitze getrieben haben. Bürger und Geschäftsleute werden auch dann zur Kasse gebeten, wenn sie zu Hause oder in ihren Geschäftsräumen gar keine Rundfunkgeräte stehen haben.

Dem Landkreis wird eine gewisse Anzahl von „Betriebsstätten“ zugerechnet. Für jede wird ein Rundfunkbeitrag verlangt, genauso wie für die Dienstfahrzeuge. Bezahlen wird dies schließlich auch der Bürger, über eine höhere Kreisumlage, die der Landkreis den Gemeinden auferlegen kann, die dann wiederum Steuern und Abgaben heraufsetzen. ARD und ZDF werden so dick und fett. Es wird für 2013 mit Mehreinnahmen von ca. 500 Millionen Euro bei den Öffentlich-Rechtlichen gerechnet. Zum Glück gibt es schon eine ganze Reihe von Klagen gegen den Rundfunkbeitrag. Auch der Landkreis sollte sich gegen die unverschämten Geldforderungen der in „Beitrags-service“ umgetauften GEZ wehren.



Da man auf einem Bein nicht stehen kann, wollte sich die Landesregierung auch nicht mit nur einer Schnapsidee zufrieden geben. Nach der Kreisstrukturreform kam die Gerichtsreform.

Die besteht, soweit es den Landkreis Vorpommern-Greifswald betrifft, darin, die Amtsgerichte Wolgast und Ueckermünde zu killen und das Amtsgericht Anklam einen Kopf kürzer zu machen, das heißt, es in eine so genannte „Zweigstelle“

des Amtsgerichts Pasewalk zu verwandeln.

Es besteht der Verdacht, daß auch diese Zweigstelle nach einer gewissen Schamfrist dicht gemacht werden könnte.

Die Landesregierung schwört natürlich, keinesfalls solche Pläne zu hegen. Leider steht es um ihre Glaubwürdigkeit nicht zum Besten.

Deshalb regte die NPD-Fraktion an, der Kreistag

solle die Landesregierung verbindlich zuzusichern, daß sie die künftige Zweigstelle Anklam ohne die Zustimmung des Landkreises nicht auflösen und deren Aufgaben auch nicht per Rechtsverordnung reduzieren würde.

Der NPD-Antrag wurde natürlich abgelehnt, auch von Linken und Grünen, die stets vorgeben, sich bis zum Letzten für die Amtsgerichte einzusetzen.

NPD thematisiert die Villen Aegir und Emma

Seltsames trug sich in Bansin zu. Für die beiden historischen Villen im Ort, die seit 110 Jahren einen wesentlichen Teil der Bäderarchitektur darstellen, wurde der Denkmalschutz aufgehoben, nachdem sie an einen Investor aus dem Westen verschert worden waren.

Einem Abriß steht jetzt nur noch eine einsame Buchhändlerin im Wege, deren Geschäft sich in der Villa Emma befindet. Interessant an der ganzen Angelegenheit ist, daß der Denkmalpfleger des Landkreises in einem ausführlichen Gutachten die Auffassung vertrat, die Häu-



ser stellen „Baudenkmäler“ dar und seien prägend für die Geschichte in Bansin. Nachdem er sich geweigert hatte, den Denkmalschutz aufzuheben, wurde er per Dienstanweisung dazu verpflichtet.

Dem Landesamt für Denkmalschutz in Schwerin soll, so ein NDR-Bericht vom 7.

Oktober 2013, das Gutachten des Denkmalpflegers vom Landkreis gar nicht zur Kenntnis gebracht worden sein.

In Unkenntnis der darin erhaltenen Argumente habe das Landesamt dann entschieden, die Villen seien nicht mehr denkmalwürdig. Dies

alles wirkt mehr als dubios und sollte näher unter die Lupe genommen werden.

Die NPD-Fraktion hält es jedenfalls für angebracht, sich für die Erhaltung der historischen Gebäude einzusetzen, und formulierte hierfür im Kreistag einen entsprechenden Antrag.

Hilfe für Hartz-IV-Empfänger

Empfänger von Arbeitslosengeld II werden häufig vom Jobcenter aufgefordert, sich eine kleinere und billigere Wohnung zu suchen. Gelingt ihnen das nicht innerhalb einer vorgegebenen Frist von 6 Monaten, werden ihnen die Leistungen für die Kosten der Unterkunft gekürzt, es sei denn, sie können nachweisen, daß es in ihrem Wohnort unmöglich ist, eine

günstigere Bleibe zu finden. Dieser Nachweis muß aber mit Dokumenten unterfüttert werden.

Das können beispielsweise Regelanfragen bei den großen Vermietern und deren Antworten oder auch Anzeigen aus kostenfreien Wochenblättern, in denen freie Wohnungen angeboten werden, sein. Die NPD-Fraktion wies darauf hin, daß es we-

sentlich effektiver wäre, wenn das Jobcenter die Regelanfragen zentral durchführen und die Wohnungsanzeigen in allen Zeitungen, auch den kostenpflichtigen, selbst auswerten würde. Dem Leistungsbezieher könnten dann zeitnah günstigere Alternativen zu seiner Unterkunft präsentiert werden, soweit vorhanden. Sollte es mit der Massenzuwanderung von Asylanten und Illegalen aber

so weiter gehen, und sollten diese weiterhin in freien Wohnungen untergebracht werden, so wie in der Anklamer Südstadt, kann sich das Jobcenter Aufforderungen zur Wohnungssuche generell sparen.

Es wird dann nämlich nicht nur in den Kaiserbädern keine günstigen Unterkünfte geben, sondern nirgendwo. Jedenfalls für Deutsche. Für Ausländer ist natürlich immer Platz.

INFOGUTSCHEIN



**NPD-Kreistagsfraktion
Vorpommern-Greifswald**
Pasewalker Str. 36
17389 Anklam



www.npd-mv.de
www.facebook.com/NPDFraktionVG



03971 - 24 11 83
FAX 03971 - 24 11 83



kreistagsfraktion-vg@npd-mv.de

☐ Ich bin an Ihrer Arbeit interessiert. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationsmaterial.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Post

Telefon

